

"Kein Verzicht auf die EFTA" in Arbeiter-Zeitung (23. Juni 1964)

Legende: Am 23. Juni 1964 kritisiert die Wiener Arbeiter-Zeitung scharf die Meinungsverschiedenheiten in der österreichischen Regierung hinsichtlich der in den Verhandlungen in Brüssel einzunehmenden Haltung und fordert, dass das Land seine Beziehungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) intensiviert, ohne auf die Vorteile seiner Mitgliedschaft in der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) zu verzichten.

Quelle: Arbeiter-Zeitung. 23.06.1964, n° 143. Wien.

Urheberrecht: (c) Arbeiter Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"kein_verzicht_auf_die_efta"_in_arbeiter_zeitung_23_juni_1964-de-e308239a-2b94-4791-bc6e-6e9089bc5802.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Kein Verzicht auf die EFTA

VON JOSEF RIEDLER

Die Europagespräche, die in Wien eben zu Ende gegangen sind, haben sich mit der Stellung Europas in der heutigen Welt beschäftigt. Sie haben darüber hinaus auch — und das ist für uns von besonderer Bedeutung — die Stellung Österreichs in Europa noch einmal klargestellt. Das schien zunächst nicht ganz so: Das Referat des österreichischen Handelsministers Dr. Bock hat einige Verwirrung hervorgerufen. Bock erklärte bekanntlich, Österreich müsse aus der EFTA austreten, um sein Verhältnis zur EWG zu regeln. Diese Äußerung wurde von einer internationalen Öffentlichkeit mit Staunen und Verwunderung vernommen. Immerhin stellten die Sozialisten sofort klar: Bock hatte seine Privatmeinung vorgetragen — und das ohne ersichtlichen Grund.

Die endgültige Klarstellung erfolgte am letzten Tag der Europagespräche durch Außenminister Dr. Kreisky. Es ist begreiflich, sagte Kreisky, daß Österreich von allem Anfang an den Wunsch äußerte, ein Arrangement mit der EWG anzustreben, das uns nicht um die Vorteile der EFTA-Mitgliedschaft bringt. Ob das nun möglich ist oder nicht, darüber kann es verschiedene Meinungen geben. Ob es aber für unsere Verhandlungsführung gut sein wird, daß wir eine so wichtige Position von vornherein aufgeben, möchte ich dahingestellt sein lassen. Man mag das von Seiten der EWG verlangen — bis heute ist eine solche konkrete Forderung meines Wissens noch nicht erhoben worden, aber es ist doch noch gar nicht klar, wie unser Vertrag mit der EWG aussehen wird, und deshalb sollten wir uns bis dahin in der EFTA-Frage nicht präjudizieren. Soweit die Erklärung Kreiskys. Kreisky kann sich dabei auf die Regierungserklärung berufen, der Handelsminister kann das bei seinen Ausführungen nicht.

Wenn vor der Öffentlichkeit nun auch klargestellt ist, daß Österreich bisher keine Verpflichtung gegenüber der EWG eingegangen ist, seine Mitgliedschaft bei der EFTA aufzugeben, wenn auch klargestellt ist, daß die EWG mit einem solchen Ansinnen noch nicht einmal offiziell an Österreich herangetreten ist, so muß es doch befremdlich erscheinen, daß von einem österreichischen Minister, der in Integrationsfragen noch dazu besondere Verantwortung zu tragen hat, solche Erklärungen wie jene Dr. Bocks abgegeben werden. Die Befürchtung, daß ihnen im Ausland mehr Gewicht zugemessen werden, als ihnen zukommt, sind nicht von der Hand zu weisen. Allen Ernstes muß daher — und diesmal mit aller Deutlichkeit — die Forderung gestellt werden, daß sich die ÖVP-Minister zu der Regierungserklärung bekennen und in der Öffentlichkeit dieses Bekenntnis auch vertreten. Wie kann eine Regierung verlangen, ernst genommen zu werden, wenn einzelne ihrer Mitglieder diese Konsequenz außer acht lassen?

Für unsere Bemühungen, mit der EWG in ein engeres Verhältnis zu kommen, ist es nicht gut, wenn über Integrationsfragen verschiedene Meinungen vertreten werden.

Wir wollen noch einmal klar die jetzige Situation skizzieren: Österreich ist Mitglied der EFTA. Aus dieser Mitgliedschaft hat Österreich bisher große Vorteile gezogen. Diese Vorteile sind nicht nur wirtschaftlicher Art. Die EFTA-Mitgliedschaft hat auch unsere Verhandlungsposition gegenüber der EWG wesentlich gestärkt. Das ist die eine Seite. Und die andere: Es wäre für die österreichische Wirtschaft von Vorteil, wenn die Diskriminierung österreichischer Exporte in die EWG wegfielen. Dazu bedürfte es eines Vertrages mit der EWG. Über diesen Vertrag soll in absehbarer Zeit verhandelt werden, sein Inhalt steht noch lange nicht fest. Die Konsequenz, die daraus zu ziehen ist: Für Österreich wäre es am besten, beides zu erreichen — ein engeres Verhältnis mit der EWG ohne Verlust der EFTA-Vorteile. Und das muß das Ziel der österreichischen Integrationspolitik sein.